

DOPPELBESTEUERUNGSABKOMMEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

N.F. Kolajtschuk, 3 Kurs

*Der wissenschaftliche Leiter – L.N. Seljuschizkaja, der Lehrer
Staatliche Universität Polessje*

Ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) – ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen zwei Staaten, in dem geregelt wird, in welchem Umfang das Besteuerungsrecht einem Staat für die in einem der beiden Vertragsstaaten erzielten Einkünfte oder für das in einem der beiden Vertragsstaaten belegene Vermögen zusteht [1].

Mit der Internationalisierung des Wirtschaftslebens Ende der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde auch in Deutschland die Notwendigkeit erkannt, Verträge zur Vermeidung der Doppelbesteuerung abzuschließen. Das erste Abkommen dieser Art wurde mit Österreich im Jahre 1922 ausgehandelt und in Kraft gesetzt. Es folgten die DBA mit Italien (1925) und mit der Schweiz (1931). Einbezogen wurden zunächst die westeuropäischen Nachbarstaaten, die USA, später die wirtschaftlich bedeutenden Länder auf dem asiatischen und afrikanischen Kontinent sowie in Südamerika. Auch mit den Staaten des Ostblocks wurden trotz unterschiedlicher interner Finanzierungssysteme und damit Interessenlage Verträge über die Vermeidung der Doppelbesteuerung ausgehandelt. Neben dem Abschluss neuer Abkommen nahm zunehmend auch die Revision bestehender Abkommen aufgrund geänderter wirtschaftlicher oder steuerlicher Rahmenbedingungen immer größeren Raum ein [1].

Ein zersplittertes und in sich nicht abgestimmtes Netz von Doppelbesteuerungsabkommen behindert den europäischen Binnenmarkt. Daher wird in der Bundesrepublik Deutschland an einem gut ausgebauten und in sich schlüssigen *Netz von Doppelbesteuerungsabkommen* gearbeitet, das Antworten auf die jüngsten Entwicklungen geben kann und Doppelbesteuerungen so weit wie möglich vermeidet, aber auf der anderen Seite auch Steuerhinterziehungen und doppelten Freistellungen entgegenwirkt.

In Deutschland gibt es das gegebene Abkommen mit 132 Ländern, einschließlich mit Russland, der Ukraine, Kasachstan und Republik Belarus [2]. Wir werden das gegebene Abkommen auf dem Beispiel der Republik Belarus und Deutschlands betrachten. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ist am 31. Dezember 2006 in Kraft getreten [2].

Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden. Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung von Vermögen, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs [3].

Die Zahler dieser Steuern - eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Gründung, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder aufgrund eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig. Im Unterschied von Republik Belarus in Deutschland kann man für den Steuerresidenten nicht nur aufgrund der summarischen Zahl der Tage des Aufenthaltes im Land, sondern auch der Stelle des tatsächlichen Aufenthaltes und des Zentrums der Lebensinteressen des Zahlers gelten. Die Staatsangehörigkeit spielt nicht die Hauptrolle dabei [2].

Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland: die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Vermögensteuer und die Gewerbesteuer, einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge; in der Republik Belarus: die Steuer auf das Einkommen und die Gewinne, die Einkommensteuer natürlicher Personen, die Steuer auf unbewegliches Vermögen und die Grundsteuer [3].

Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden. Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt [3].

Doppelbesteuerungsabkommen und anderen Maßnahmen sollen die Doppelbesteuerung verhindern oder abmildern. Man unterscheidet:

- unilaterale Maßnahmen: ein Land verzichtet auf die Besteuerung;

- bilaterale Maßnahmen/Verträge: zwei Ländern verhandeln und schließen ein Doppelbesteuerungsabkommen;

- multilaterale Maßnahmen/Verträge: mehrere Länder verhandeln und schließen ein Doppelbesteuerungsabkommen.

Um Doppelbesteuerung zu verhindern oder zu vermeiden, werden verschiedene Methoden angewendet:

- Freistellungsmethode. Die Freistellungsmethode sorgt dafür, dass die relevanten Einkünfte in einem der beiden Länder von der Besteuerung freigestellt werden.

- Anrechnungsmethode. Bei der Anrechnungsmethode wird die im Ausland erhobene Steuer auf die deutsche Steuer angerechnet.

- Abzugsmethode. Bei der Abzugsmethode wird die im Ausland erhobene Steuer von der inländischen Steuerbemessungsgrundlage abgezogen.

Список использованных источников

1. Doppelbesteuerungsabkommen \ Steuerschroeder [Электронный ресурс]. – Режим доступа: <http://www.steuerschroeder.de>. – Дата доступа: 15.03.2017.

2. Doppelbesteuerungsabkommen – DBA – sowie weitere staatenbezogene Veröffentlichungen \ Bundesministerium der Finanzen [Электронный ресурс]. – Режим доступа: <http://www.bundesfinanzministerium.de>. – Дата доступа: 15.03.2017.

3. Das Abkommen vom 30. September 2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen \ Gesetz [Электронный ресурс]. – Режим доступа: <http://www.bundesfinanzministerium.de>. – Дата доступа: 17.03.2017.